Das Reichsbanner

Erscheint am 1. u. 15. jedes Monats. Bezugspreis 90 Pfg. vierteljährl., Einzelnummer 20 Pfg. Postzeitungsliste 10. Nachtrag S. 7 Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernruf 6263, 6266, 6267 Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann. Verantwortl. Redakteur Karl Wiegner, beide in Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Oranienstraße 3. Telephon 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme am 8. und 23. jedes Monats. – Insertions-Bedingungen: Die 9gespaltene Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 Gold-Pfg., die 3gespaltene Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 Gold-Mark. – Beilagen nach Vereinbarung.

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E. V. / Sitz Magdeburg

Nr. 22 | Magdeburg, 15. November | Jahrgang 1927

Die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918

Von Prof. Dr. Veit Valentin

Noch immer wird über die Ursachen des Zusammenbruchs Deutschlands im Weltkrieg bei uns gestritten; noch immer werden die tragischen Ereignisse des letzten Kriegsjahres zu parteipolitischer Verhetzung verwendet. Eine streng sachliche Darstellung wird deshalb nützlich sein; sie beruht auf den von der Reichsregierung herausgegebenen Urkunden, auf den eidlichen Zeugenaussagen und den beeideten sachverständigen Gutachten, die dem Untersuchungsausschuß des Reichstags vorgelegen haben und endlich auf der umfangreichen Literatur. Die Zahl der Quellen wird sich voraussichtlich noch vermehren; sie ist aber heute schon groß genug, um ein einwandfreies Bild zu ermöglichen.

I.
Zersetzung des Verteidigungswillens

Das deutsche Volk ist in den Weltkrieg eingetreten, in seiner starken Majorität erfüllt von dem völlig ehrlichen Bewußtsein, daß es sich um einen Verteidigungskrieg, und nur um einen solchen, handle. Der Ausgang des Weltkriegs, der furchtbare Frieden von Versailles hat ja bewiesen, wie tief berechtigt vom weltgeschichtlichen Standpunkt aus dieses deutsche Empfinden war. Auch die Sozialdemokratische Partei hat sich damals um der Verteidigung des Vaterlandes willen rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt. Mit Recht haben die führenden Sozialdemokraten später erklärt, daß sie dabei im Geiste August Bebels gehandelt haben, der sich gegen den Generalstreik der internationalen Sozialdemokratie zur Verhinderung eines Weltkrtegs aussprach, mit der Begründung, daß dadurch dem Lande zum Siege geholfen würde, das kulturell rückständig sei, das die schwächste Arbeiterschaft habe, nämlich Rußland. (Vergl. Der Dolchstoßprozeß in München, eine Ehrenrettung des deutschen Volkes, Seite 189.) Das Ziel der Sozialdemokratie war: „Verteidigung des Vaterlandes, aber ein Friede so rasch wie möglich auf der Grundlage der Unversehrtheit des Reiches, seiner politischen Selbständigkeit und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit." (A. a. O. Seite 235.)

Dieser Gedanke des Verteidigungskriegs ist nun in verhängnisvoller Weise verlassen worden, und hier liegt der erste Grund des Zusammenbruchs von 1918.

Die ersten militärischen Erfolge ließen schon in einer ganzen Reihe von Kreisen den Wunsch nach Kriegszielen erwachen, die weit über den ja auch amtlich proklamierten Gedanken des Verteidigungskriegs hinausgingen. Die großen wirtschaftlichen Verbände, der überwiegende Teil der Hochschullehrer und andern geistigen Führer, die Konservative und die Freikonservative Partei, die Nationalliberalen, der Alldeutsche Verband und eine große Anzahl andrer Vereinigungen, die zum Teil jetzt erst entstanden, haben in den ersten Kriegsjahren unter Nichtachtung des offiziell verkündeten Burgfriedens heimlich oder halböffentlich Propaganda für Eroberungen getrieben, die zum Teil geradezu ins Phantastische gingen, wie z. B. die Entfernung der gesamten Bevölkerung aus den zu annektierenden französischen Provinzen. Auch die rechtsstehenden Zentrumskreise haben sich daran beteiligt, während sich die linksstehenden und die Fortschrittliche Volkspartei zurückhielten. Die deutschen Dynastien interessierten sich ebenfalls stark für eine neue Länderverteilung: ein Wittelsbacher sollte nach Elsaß-Lothringen der Herzog von Urach nach Litauen, der Prinz von Hessen nach Finnland kommen.

Heute mutet uns das alles wie ein trüber Hexensabbat an; es kann aber nicht scharf genug betont werden, daß dieser in weiten deutschen Schichten verbreitete Annexionismus wesentlich zu der Zerklüftung des deutschen Volkes beigetragen hat, die den Zusammenbruch von 1918 so furchtbar hat werden lassen.

II.
Zerstörung des Selbstvertrauens

Der Annexionismus beruhte hauptsächlich auf einer falschen Beurteilung der militärischen Lage zu der freilich die offizielle Berichterstattung wesentlich beigetragen hat. Die erste Marneschlacht 1914 bedeutete ja das Mißlingen des ganzen Feldzugsplans. Der großartige Schlieffensche Plan konnte nicht verwirklicht werden; nur die wirkliche Niederwerfung Frankreichs hätte ja auch die grausame Ueberrennung Belgiens sachlich gerechtfertigt. Nun erstarrte die Front im Westen; das deutsche Volk jubelte damals über Tannenberg und merkte nicht den Ernst der Lage. An sekundären Kriegsschauplätzen wurden auch weiter glänzende Erfolge errungen: Serbien wurde niedergeworfen, Polen erobert, die Dardanellen verteidigt, Rumänien besiegt, aber Verdun war ein Mißerfolg, und die Bepauptung in der Sommeschlacht war nur mühsam. Der Unterseebootkrieg versagte nicht nur bei der feierlich versprochenen Aushungerung Englands, sondern rief auch die Vereinigten Staaten auf den Plan, die nun mit ihrer ganzen Gefolgschaft die Zahl unsrer Gegner fürchterlich vermehrten. Die Friedensschlüsse im Osten, mit Rußland und Rumänien, die uns schließlich gelangen, waren im Geiste des Annexionismus abgeschlossen, sie brachten keinen wirklichen Friedenszustand, sondern nur einen Rattenkönig ungelöster politischer und wirtschaftlicher Probleme. Aber freilich ermöglichten diese Friedensschlüsse im Osten den Versuch, noch einmal den erstarrten Krieg im Westen in Fluß zu bringen und hier den eisernen Ring zu sprengen!

Seit der ersten Marneschlacht 1914 ist also die militärische Lage immer viel ernster gewesen, als sie dem Volke dargestellt wurde.

Gelang der letzte große Erfolg nicht, wurde dem Volke die Gefahr der Lage mit einem Schlage deutlich, dann mußte dem Ueberschwang an Hoffnungen ein ebenso großer Ueberschwang an Verzweiflung folgen. Hier liegt das zweite wesentliche Moment für den Zusammenbruch von 1918.

III.
Dreiklassenwahlrecht und Kriegführung

Der Annexionismus zerriß die Nation; es war nun ein schweres Verhängnis, daß die Reichsregierung auf innenpolitischem Gebiet nicht die Maßregeln ergriff, die die bedrohte Volkseinheit wieder hergestellt und die Gesamtheit widerstandsfähig gegenüber allen Rückschlägen gemacht hätten. Das auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählte Preußische Abgeordnetenhaus konnte sich nicht entschließen, das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preußen einzuführen. Es war dieses eine der dringendsten Forderungen in dem größten deutschen Bundesstaat, allen Einsichtigen war es klar, daß den zurückkehrenden Kriegern ein solches veraltetes Wahlrecht nicht zugemutet werden konnte, die Reform wurde wiederholt in der feierlichsten Form versprochen und trotzdem geschah nichts. Das wirkte tief erbitternd In ähnlicher Weise setzte die Reichsregierung der Einführung des parlamentarischen Regiments hartnäckigsten Widerstand entgegen. Das Kabinett des Grafen Hertling war eine Scheinkonzession, die nur Beunruhigung stiftete ohne etwas zu nutzen. Erst das Kabinett des Prinzen Max berief die Parteiführer auf einflußreiche Posten und verwirklichte damit zu spät etwas, was 1914 hätte geschehen müssen! Je früher eine solche Maßregel getroffen wurde, desto leichter wäre es gewesen, den während des Krieges nicht auflösbaren Reichstag zu produktiver Mitarbeit zu gewinnen. So spiegelte der Reichstag die durch den Annexionismus hervorgerufene Zerklüftung des deutschen Volkes getreu wider; die einzige bedeutende politische Tat, die ihm gelang, die Friedensresolution von 1917, verband er mit dem Sturze Bethmann Hollwegs, also des Staatsmanns, der gerade auf die Neuorientierung hinarbeitete, der gerade eine breite parlamentarische Basis wünschte zur Verwirklichung von maßvollen Kriegszielen. Mit dem Sturze Bethmann Hollwegs entstand ein politisches Vakuum, in das nun die Oberste Heeresleitung eintrat. Die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien im Reichstag glaubte blindlings an die Allmacht und auch an die politische Einsicht der Obersten Heeresleitung und knüpfte, genau wie es auch in breiten Schichten des Volkes geschah, an jeden Teilerfolg die weitest gehenden Hoffnungen. Kein Staatsmann kam jetzt mehr gegen diese überragende Autorität der Obersten Heeresleitung auf. Es gab keinen Reichskanzler der sich eine feste Reichstagsmehrheit geschaffen hätte, es gab keine Reichstagsmehrheit, die einen bestimmten Willen durchzusetzen imstande gewesen wäre.*)

Der Reichstag versagte; mit seiner Macht sank sein Ansehen. Hier liegt das dritte wesentliche Moment für den deutschen Zusammenbruch.

IV.
Meuterei

Es gab Kreise in Deutschland, die die Gefahr unsrer militärischen und außenpolitischen Lage, die Problematik unsrer militärischen Erfolge und die Verworrenheit der innern Zustände durchschauten. Zahlenmäßig am schwächsten waren die bürgerlichen Pazifisten, die den Krieg als solchen allein deshalb mißbilligen mußten, weil er schon lange nicht mehr von deutscher Seite als Verteidigungskrieg geführt wurde, und die nun Versuche machten, die Atmosphäre für einen Rechtsfrieden vorzubereiten, vor allem auch durch Anknüpfung von Beziehungen mit Gesinnungsgenossen im neutralen Ausland. Breitere Schichten des Volkes wurden weder vor dem Kriege noch während des Krieges von dem bürgerlichen Pazifismus erfaßt. Den militärischen Kreisen war er aber wegen seiner Geistigkeit besonders unsympathisch und sie gewöhnten sich daran, jede Art von Kritik pazifistisch zu nennen und den Pazifismus mit Verweichlichung oder Mutlosigkeit zu verwechseln. „Pazifismus" ist bekanntlich ein wissenschaftlich klar umschriebener Begriff; von dem extremen Flügel abgesehen, lehnt auch der Pazifismus den echten Verteidigungskrieg durchaus nicht ab. Gewichtiger wurde ein andres Moment, die Absplitterung einer Minderheit von der großen Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1917, einer Minderheit, die als die „Unabhängigen Sozialisten" nun in scharfe Opposition zur gesamten Kriegspolitik trat. Noch radikaler war der kleine Kreis um Liebknecht und Rosa Luxemburg, der besonders nach Ausbruch der russischen Revolution den prinzipiellen Kampf gegen Obrigkeitsstaat, bestehendes Gesellschaftssystem, Militarismus und Annexionismus aufnahm.

Dieser Kampf gegen den Krieg, der von den Gruppen der Unabhängigen und Kommunisten mit verschiedener Abschattierung und Zielsetzung geführt worden ist, war aber eine internationale Erscheinung. In England hat die Arbeiterpartei systematisch gegen den Krieg gekämpft. An dem englischen Streik im Jahre 1917 beteiligten sich über eine Million Arbeiter. Die französische Flotte im Schwarzen Meere hat gemeutert; im Mai und Juni 1917 wurden 16 französische Armeekorps von den Meutereien ergriffen. Offiziere wurden beleidigt, bedroht, erschossen. Soldatenräte gebildet. In Frankreich ist ja auch das Wort „Defaitismus" entstanden. Die Kriegsmüdigkeit, der Ekel und Abscheu vor dem Kriege, das Bedürfnis nach einem gerechten Frieden ohne Sieger und Besiegte war eine internationale Erscheinung, die den größten Teil der Arbeiterschaft und auch einen Teil des Bürgertums überall ergriff. In Italien gab es einen Aufstand in Turin; die Zustände in der Armee waren nach der Niederlage von Caporetto geradezu unhaltbar. So ist also das, was in Deutschland geschah, nur richtig zu verstehen, wenn man es als eine Teilerscheinung ansieht.

V.
Die Dolchstoßlegende

Den geschlagenen Militaristen, den Annexionisten, die durch den Ausgang des Krieges lächerlich gemacht worden sind, war es aber sehr willkommen in der radikalen Propaganda gegen den Krieg ein Mittel zu erhalten, um die Verantwortlichkeit von sich abzuschieben. Aus dieser psychologischen Situation heraus ist das entstanden, was man populär die Dolchstoßlegende nennt. Als ihr Urheber galt eine Zeitlang der englische General Maurice. Maurice hat aber eine Erklärung abgegeben, deren Original dem beeidigten Sachverständigen, Obersten Schwertfeger, vorgelegen hat. Sie lautet

Ich habe niemals an irgendeiner Stelle der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Kriegsausgang so wie er sich abge-

*) Vgl. Prof. Dr. Bredt, Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. (Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918, Band 8 des Werkes des Untersuchungsausschusses.)

spielt hat, der Tatsache zu verdanken sei, daß das deutsche Heer von dem deutschen Volke rückwärts erdolcht worden sei (Dolchstoß der Heimat). Im Gegenteil habe ich immer die Meinung vertreten, daß die deutschen Heere an der Westfront am 11. November 1918 aus militärischen Gründen eines weitern wirksamen Widerstandes nicht mehr fähig waren. Ich habe gesagt, daß, wenn man den deutschen Heeren Zeit gelassen hätte, sich zu erholen, diese dann wahrscheinlich den Kampf noch verlängert haben würden, daß aber ihre endliche Niederlage unvermeidlich war.

General Maurice ist also nicht der Urheber der Dolchstoßlegende; wie es scheint, ist sie zuerst in einem Artikel der „Neuen Züricher Zeitung" in die Welt gesetzt worden.

Man kann heute zwischen einer großen und einer kleinen Dolchstoßlegende unterscheiden. Die „große" besagt: das Heer sei „im Felde unbesiegt" gewesen; sowohl Heer wie Flotte hätten noch Ende 1918 die Möglichkeit entscheidenden Sieges gehabt; da habe die Mehrheit des deutschen Volkes, also nicht nur Unabhängige und Kommunisten, sondern auch Mehrheitssozialdemokraten, Fortschrittler, Pazifisten und der Erzbergerflügel des Zentrums den Sieg vereitelt durch Verfassungsbruch, Kampf gegen den Kaiser, übereilten Abschluß des Waffenstillstands und Revolution. In dieser Form wird die Dolchstoßlegende von ernsthafter Seite wohl kaum noch aufrechterhalten; man begegnet ihr freilich noch bei der populären Agitation.

Die „kleine" Dolchstoßlegende besagt: um einen eigentlichen Stoß in den Rücken handle es sich freilich nicht; das sei nur ein vielleicht zu starkes Bild; Tatsache sei aber, daß das Heer von der Heimat aus durch Wühlereien, durch schlechten Ersatz, durch die Verbreitung pazifistischer und revolutionärer Ideen so vergiftet worden wäre, daß es zu Drückebergerei, Desertion, Dienstverweigerung im großen Maße, schließlich zu Meutereien und einem allgemeinen militärischen Versagen gekommen sei. Dazu sei dann die Revolution von oben durch die Regierung des Prinzen Max und das Ersuchen um Waffenstillstand hinzugetreten, endlich der Verzicht auf den von der Obersten Heeresleitung empfohlenen Weiterkampf, so daß der Krieg schmachvoll statt ehrenvoll zu Ende gegangen sei; die Schuld daran trage eine Reihe von bürgerlichen Politikern.

Auch in dieser abgeschwächten Form ist die Dolchstoßlegende das Gegenteil der geschichtlichen Wahrheit.

Die Tatsache radikaler Wühlereien mit dem Ziele sozialer Revolutionierung steht fest. Sie hatte ihren Boden in der Heimat, sie drang in die Kriegsbetriebe ein und gelangte auch von dort in die Etappe und an die Front. Entscheidend für die Beurteilung ist aber der Zeitpunkt. Das Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstands enthält keine einzige Urkunde, aus der die Einwirkung der revolutionären Propaganda auf die Front hervorgeht. Wohl aber wird das Sinken der Kampfkraft und das Nachlassen der Disziplin auf die Verminderung der Leistungen des Offizier- und Unteroffizierkorps, auf deren wenig vorbildliche Lebenshaltung, auf Kleinmut und Angst vor der Front bei den Offizieren zurückgeführt. Die erste Urkunde, die der durchaus militärisch eingestellte Major Volkmann in seinem bekannten Buche: „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg" über die Verschlechterung der Stimmung im Heere beibringen kann, stammt vom 9. Juli 1918. Sie wendet sich gegen die zu milde Beurteilung von unerlaubten Entfernungen und Gehorsamsverweigerungen. Damals war aber der Krieg militärisch schon verloren, denn die große Offensive, die Ludendorff im März und April 1918 mit überlegener Kraft unternahm, war gescheitert. Die Zermürbung des Heeres war eine unmittelbare Folge der Niederlage; es ist nicht die Niederlage durch die Zermürbung verursacht, sondern genau umgekehrt. In Frankreich und England konnte die revolutionäre Propaganda unterdrückt werden, weil der Krieg von Tag zu Tag aussichtsvoller wurde, weil es keine Ernährungsschwierigkeiten gab und weil ein Verbündeter von unerschöpflichen Kräften zu Hilfe kam: Amerika! — Bei uns gab es das alles nicht. Niemand hat bis jetzt die Behauptung aufgestellt, daß die Elitetruppen, die die deutsche Frühjahrsoffensive gemacht haben, irgendwie revolutionär verseucht gewesen seien. Ludendorff selbst hat das Versagen der 41. Division am schwarzen Tage des 8. August auf Nahrungsmangel und Grippe zurückgeführt; die Division hat sich später trefflich geschlagen. Volkmann bezeugt selbst a. a. O., daß es dem radikalen Sozialismus nicht gelungen ist, den Kern des Heeres, die Fronttruppe, zu revolutionieren. Auch der Führer der revolutionären Agitation, Barth, der sehr zum Renommieren neigt, schildert, wie alle seine Versuche zunächst vergeblich waren, wie erst nach dem Durchbruch der Siegfriedstellung, als dem Blindesten die Niederlage deutlich wurde, der Gedanke der Revolution langsam marschierte. Erst am 29. Oktober 1918 haben die Revolutionäre Waffen gekauft! Noch am 2. November haben die Führer der Unabhängigen eine gewaltsame Erhebung bekämpft!

Schlechter Geist im Ersatz ist vor dem Juli 1918 nur in einzelnen Fällen feststellbar. Seit dem Juli 1918 hat aber der gute Wille in allen Schichten des Heeres zunehmend versagt, weil eben die Lage militärisch hoffnungslos wurde. Drückebergerei im großen Stile hat gleichfalls erst Ende Juli begonnen und konnte vorher die Ereignisse nicht beeinflussen. Die Zahl der Deserteure ist weit überschätzt worden, man hat von an die 40 000 in Holland gesprochen. Es ist festgestellt worden, daß es dort nur 4000 gegeben hat, eine Zahl, die bei den Millionenarmeen von 1918 keine Rolle spielt. Der Munitionsarbeiterstreik Anfang 1918 ist entfacht worden ohne Wissen und gegen den Willen der gewerkschaftlichen und politischen Führer. Sowohl Mehrheitssozialdemokraten wie Unabhängige haben ihn abgelehnt. Die Herstellung von Kriegsgerät ist außerdem durch den Streik nicht beeinträchtigt worden. Generalmajor Wurzbacher bezeugt, „das Heer sei nicht durch Munitionsmangel zum Waffenstillstand gezwungen worden, sondern die Arbeiterschaft habe bis zum Schluß ihre Pflicht getan"! Die Mannschaftsmeutereien auf der Flotte im Jahre 1917 hat in den meisten Fällen keinen revolutionären Charakter, sondern mehr den Charakter von Streiken. Nur einige Führer wollten durch einen allgemeinen Flottenstreik auf einen Verständigungsfrieden hinarbeiten. Die Führer der Unabhängigen haben erklärt, mit diesen Plänen nichts zu tun gehabt zu haben, und der Reichsanwalt hat ein Einschreiten gegen sie abgelehnt. Der Ausbruch der Revolution in der Marine 1918 endlich ist bekanntlich darauf zurückzuführen, daß die Seekriegsleitung nach der Einstellung des U-Boot-Krieges beschloß, die Flotte zur Entscheidungsschlacht einzusetzen. Es war dies ein Verzweiflungsgedanke, denn militärisch war der Krieg längst verloren, man war im Begriff den Waffenstillstand abzuschließen, die Flotte konnte bestenfalls mit Ehren untergehen und einen Teil der englischen Flotte mit in diesen Untergang reißen. Es ist zuzugeben, daß ein solches Ende der Flotte dem nationalen Selbstgefühl mehr entsprochen hätte, als das Ende, das sie dann tatsächlich später genommen hat. Menschlich verständlich ist aber die Empörung der Besatzung darüber, daß sie nun nach jahrelangem tatenlosen Stilliegen um des militärischen Ehrenstandpunktes willen ohne praktisch sichtbaren Zweck geopfert werden sollte. Der ganze Widersinn, eine Hochseeflotte zu schaffen, ohne sie nachher gebrauchen zu können, rächte sich so in furchtbarer Weise. Die Matrosenrevolution zerstörte die alte Staatsform in Deutschland, aber sie hat weder den Verlust des schon längst verlorenen Krieges verursacht, noch hat sie auf den Verlauf und das Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen einwirken können.

Wenn man aus alledem die Summe zieht, so ergibt sich:

Das deutsche Heer hat in seinen wesentlichsten und zahlenmäßig überwiegenden Bestandteil weder militärisch noch moralisch versagt.

Es ist vielmehr erstaunlich, daß es überhaupt so lange durchgehalten hat. Versagt hat bei den letzten entscheidenden Aufgaben die Führung, versagt hat auch zu einem kleineren Teile gegen Ende des Krieges das Offizierkorps. Der deutsche Soldat hat sich bis zuletzt in der Mehrzahl tapfer gehalten. Er hat sich oft von jungen Offizieren viel, allzuviel gefallen lassen müssen. Er ist oft als Sklave, als Vieh, als Sträfling behandelt worden, er hat mit angesehen, wie seine Vorgesetzten schlemmten, während er sich vielfach ohne Murren mit sehr bescheidenem Essen hat abfinden müssen; er konnte ja nicht ahnen, daß es einem deutschen Offizier, dem Obersten Jochim, vorbehalten war, im Münchner Dolchstoßprozeß den deutschen Soldaten als weniger genügsam zu bezeichnen als die Soldaten andrer Armeen! Der deutsche Soldat hat die Mißstände im Ordenswesen, die Schiebereien mit Lebensmitteln, die Ausnutzung seiner Arbeitskraft, den Mißbrauch seiner Gesundheit und seines Lebens in sehr zahlreichen Fällen geduldig ertragen. (Vergl. Martin Hobohm, Untersuchungsausschuß und Dolchstoßlegende, Charlottenburg 1926.) Der deutsche Soldat hat es jedenfalls nicht verdient, zum Danke für all das von Kreisen verleumdet zu werden, die wie etwa die Alldeutschen den Krieg herbeigewünscht haben, die jede auftauchende Verständigungsmöglichkeit verdarben, um sich obendrein noch durch den Krieg zu bereichern, womöglich durch Ausfuhr von Kriegsmaterial über das neutrale Ausland ins feindliche Lager! (Solche Fälle stehen urkundlich fest.)

VI.

Die Politik der Obersten Heeresleitung

Wir haben hier nicht zu untersuchen, ob die große Offensive im Frühjahr 1918 von Ludendorff militärisch ausreichend vorbereitet und richtig durchgeführt worden ist. Wir wollen auch die Frage nicht erörtern, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Offensive überhaupt zu unterlassen, oder ob nicht mindestens vor der Offensive ein energischer Friedensschritt hätte gemacht werden müssen. Die Oberste Heeresleitung wollte den Sieg, niemand kann ihr das vorwerfen. Sie mußte aber einsehen, daß nach dem Scheitern der Offensive ein Sieg nicht mehr zu erringen war. Sie hat zu dieser Einsicht sehr lange Zeit gebraucht, und besonders schwer ist es ihr gefallen, denen die Wahrheit einzugestehen, die sie dringend anging. Die Oberste Heeresleitung führte den Krieg; sie führte nach dem Sturze Bethmann Hollwegs aber auch die Politik. Der Kaiser blieb aus Politik und Kriegführung ausgeschaltet, man darf sagen, in seinem eignen Interesse. Der Reichskanzler, Graf Hertling, war ein müder Greis, der in eine geradezu subalterne Rolle zurückgedrängt wurde. Er tröstete sich mit einem durch Sachkenntnis nicht getrübten Optimismus, ließ seine Helfer arbeiten, wirkte aber als der Konservative, der er war, für die innerpolitischen Fragen auch noch als Hindernis. Der Vizekanzler v. Payer hatte ein richtiges Gefühl für den Ernst der Lage, wurde aber mit Einzelvorgängen überhaupt nicht befaßt, so daß er nicht viel tun konnte. Als der Staatssekretär v. Kühlmann im Reichstag die Feststellung aussprach, mit den Waffen allein sei der Krieg nicht zu einem günstigen Abschluß zu bringen, wurde er von der Obersten Heeresleitung brutal aus dem Amt entfernt! Und dabei stammte diese Feststellung aus einer Denkschrift, die die Oberste Heeresleitung zur Kenntnis genommen und gebilligt hatte! Als der neue Staatssekretär v. Hintze vor seinem Amtsantritt den General Ludendorff über die Aussichten der Juli-Offensive befragte, versprach der General unzweideutig einen entscheidenden Sieg. Noch am 13. August hielt Ludendorff an der Möglichkeit eines strategischen Abwehrsieges fest. Gleichzeitig regte er aber diplomatische Schritte zur Friedensvorbereitung an. Im Kronrat am 14. August stellte er die Lage immer noch so zuversichtlich hin, daß die Leitung der auswärtigen Politik noch glaubte, Zeit vor sich zu haben. In den 6 Wochen bis Ende September arbeitete Staatssekretär v. Hintze an drei Aufgaben: er wollte endlich eine unzweideutige Erklärung über das Schicksal von Belgien herbeiführen, denn hier lag, wie sich schon bei der päpstlichen Friedensvermittlung 1917 gezeigt hatte, das entscheidende Moment zur Lösung der Friedensfrage. Die Oberste Heeresleitung hatte bisher eine klare und eindeutige Erklärung über die Freigabe Belgiens verhindert. Die zweite Aufgabe war, Oesterreich-Ungarn vor eigenmächtigen Schritten zurückzuhalten; es ist nicht gelungen — die österreichisch-ungarische Friedensnote vom 14. September zeigte vielmehr der ganzen Welt, wie tief der Einriß in die Mauer der deutschen Machtstellung schon ging. Staatssekretär v. Hintze hoffte aber wenigstens, den österreichischen Schritt noch durch die von ihm vorbereitete holländische Friedensvermittlung unschädlich zu machen. Die Königin der Niederlande stellte auch amtlich ihre Residenz für die geplanten Besprechungen zur Verfügung.

Da entschied Bulgariens Zusammenbruch die Katastrophe.

Deutschlands politisches System zerbarst.

Die Brücke nach dem Orient war zerbrochen, die Türkei mußte nun ihre eignen Wege gehen. Der Krieg hatte ja diplomatisch in einer sehr ungünstigen Situation begonnen. Der Vierbund hatte doch eine Art von Block gegenüber der Ueberzahl der Feinde mit dem Vorteil der innern Linie bedeutet. Das war nun zu Ende. Deutschland stand allein.

In die letzte Woche des September drängen sich nun alle großen entscheidenden Ereignisse zusammen. Staatssekretär v. Hintze und seine Berater im Auswärtigen Amte sahen die Notwendigkeit ein, sich an Präsident Wilson zu wenden; die Voraussetzung war dafür aber die Bildung einer neuen Regierung auf breitester Grundlage. Auf diesen Standpunkt stellte sich am 28. September auch die Oberste Heeresleitung. Damit war die Aera Hertling zu Ende. Alles kam also gleichzeitig: der militärische Zusammenbruch, der Entschluß zur Bitte um Frieden und die Kabinettskrise.

VII.

Die militärische Katastrophe

Jetzt endlich entschloß sich also Ludendorff, die Wahrheit über die militärische Lage zu sagen. Hindenburg ist in jenen kritischen Stunden Ende September mehr als sonst faktisch zurückgetreten; einzelne Aeußerungen von ihm beweisen, daß er sich noch in bestimmten Illusionen befand.

Ludendorff muß in erster Linie die folgenden Vorgänge verantworten.

Er meinte, der Verständigungsfrieden, den er bisher immer bekämpft hatte, läge einfach auf dem Tische, man brauchte nur danach zu greifen. An der Westfront stand es schlecht. Die Hermann-Stellung konnte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Außer der Hunding-Brunhild-Stellung gab es keine große rückwärtige Stellung mehr! Ludendorff wollte dem Heere die völlige Niederlage ersparen, d. h. die Zerschlagung der Kampffront in kleinste Splitter, die Vertreibung der Trümmer über den Rhein. Seit dem 29. September hat die Oberste Heeresleitung der Reichsregierung in immer dringenderer Form gesagt: Sofortiger Waffenstillstand! Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr! Der Kaiser, alle Minister, der Reichstag sind völlig überrascht und tief entsetzt. Ein neuer Reichskanzler wird gesucht, der mit dem für „sofort" von Ludendorff verlangten Waffenstillstands- und Friedensversuchen sein neues Amt beginnen soll! Seit mehr als einem Jahre war Prinz Max von Baden der Kandidat einer kleinen Gruppe von einsichtigen Politikern, die unter der Parole des „ethischen Imperialismus" ein rechtzeitiges Kriegsende, einen Frieden des Rechts und der Versöhnung erstrebten. Prinz Max übernahm jetzt viel zu spät die Reichskanzlerschaft; sein Gedanke war, erst eine Atempause und eine Verbesserung der militärischen Situation eintreten zu lassen, ehe das Ersuchen um Waffenstillstand hinausging. Die Oberste Heeresleitung hat aber auf ihrer Forderung bestanden, und zwar schriftlich, auch auf die Gefahr von sehr schweren Friedensbedingungen (Verlust der Kolonien, der französisch sprechenden Teile Elsaß-Lothringens). Die erste Note an Wilson ist von der Obersten Heeresleitung entworfen worden: Ludendorff hat diesen Entwurf selbst gezeichnet; die letzte Redaktion des Auswärtigen Amtes hat ihn nur unwesentlich abgeändert. Die Oberste Heeresleitung war Gehorsam gewohnt — sie hatte sich auch diesmal durchgesetzt. Bisher war die Parole: Sieg! Nun hieß die Parole: Verständigungsfrieden! Alles parierte — nur leider nicht die Gegner! Jetzt waren sie an der Reihe mit der Parole Sieg.

Prinz Max von Baden ist auch nach dem Zeugnis der Sozialdemokraten fraglos einer der anständigsten, wohlmeinendsten und einsichtigsten deutschen Fürsten gewesen. Daß er die völlig verfahrene Lage nicht mehr hat retten können, wird ihm niemand zum Vorwurf machen. Er hat im einzelnen Fehler gemacht, er hat sich wider bessere Einsicht vorwärtsdrängen lassen, er war zudem durch eine Grippeerkrankung in den ernstesten Stunden ausgeschaltet. Das Entscheidende aber ist: Er kam tatsächlich zu spät. Sein Programm konnte nur noch verpuffen, er opferte vergebens seinen Namen und seine Position.

Es folgte nun der denkwürdige Notenwechsel mit Wilson, der immer deutlicher zeigte, daß unsre Gegner nicht mehr den Verständigungsfrieden wollten, sondern den Diktatfrieden für möglich hielten. Was Wilson und die Engländer erstrebten, war noch, von ihrem Standpunkt aus, gemäßigt; die Franzosen aber wünschten die völlige militärische Kapitulation und Demütigung. Der latente Konflikt zwischen der Obersten Heeresleitung und der neuen parlamentarischen Reichsregierung brach nach der zweiten Wilson-Note offen aus. Ludendorff gab nun ein wesentlich günstigeres Bild der militärischen Lage und verlangte den

Weiterkampf. Aber die ungeheure moralische Wirkung des Ersuchens um Wiffenstillstand schlug jetzt auf Ludendorff zurück, der es erzwungen hatte. Das Vertrauen war bis dahin grenzenlos gewesen — nun kam ebensostark der Zweifel. Die Reichsleitung konnte kein Vertrauen mehr haben zu einem Manne, der so schnell seine Auffassung wechselte. Vom reinen Offiziersstandpunkt aus war die Forderung, bis zum letzten Mann zu kämpfen, verständlich. Der Staatsmann mußte freilich an die Gesamtnation und ihre Zukunft denken.

Die Lage war überaus trübe. Deutschland hatte keine Verbündeten mehr. Jeden Tag konnten die Italiener an der bayrischen Grenze erscheinen. Die Stellung in der Ukraine war unhaltbar. Rußland und bisher neutrale Mächte drohten in den Krieg einzutreten; der Unterseebootkrieg war bei allen taktischen Erfolgen strategisch völlig mißglückt, denn kein einziges amerikanisches Truppentransportschiff war torpediert worden, die Nahrungsmittelzufuhr der Gegner war nirgends ernstlich in Frage gestellt; der deutsche Ersatz wurde selbst bei Annahme der höchsten Ziffern von dem amerikanischen Nachschub bei weitem übertroffen. Im Frühjahr 1919 hätte er 2½ Millionen, im Sommer 5 Millionen erreicht! Im Gaskampf hatte sich die Mitbeteiligung Amerikas noch gar nicht ausgewirkt — beim Waffenstillstand war die tägliche Gesamtproduktion bereits 155 Tonnen Senfgas, 100 Tonnen Phosgen und 100 Tonnen Chlor. Dies konnte noch um ein Vielfaches gesteigert werden. Ebenso stand es mit dem amerikanischen Fliegerwesen. Wir hatten dem gegenüber nichts annähernd Gleichwertiges; die Ernährungslage der Zivilbevölkerung war an sich schon verzweifelt und drohte durch das Zurückströmen der Truppen von Westen und Osten unerträglich zu werden. Natürlich hätte die deutsche Armee noch einige Wochen oder Monate Munition verschießen und Bomben abwerfen können. Darum handelt es sich nicht; die Frage war, ob das Weiterkämpfen irgendeinen politischen Sinn hatte. Eine große Volksbewegung im Oktober 1918 unter einem Gambetta, den es freilich bei uns nicht gab, hätte den Charakter eines Fieberkampfes gehabt. Eine Masse, die eine „Levée en masse" ermöglichte, gab es leider bei uns nicht mehr. Es ist auch eine Legende, daß unsre Gegner mildere Waffenstillstandsbedindungen in der Hinterhand gehabt hätten, für den Fall der Ablehnung der schärfern durch uns. Im Gegenteil ist es richtig, daß die Gegner alles für die endgültige Zertrümmerung der deutschen Armee vorbereitet hatten. Das erste wäre eine Vernichtungsschlacht bei Metz gewesen; das zweite der völlige Verlust Belgiens, das dritte der Uebergang über den Oberrhein und ein Sonderfrieden mit Bayern.

Im Anfang des Jahres 1919 hätte es wahrscheinlich kein deutsches Reich mehr gegeben, das einen Frieden hätte abschließen können.

Die Regierung des Prinzen Max tat also recht daran, auf einen sinnlosen Weiterkampf zu verzichten; sie ließ Ludendorff fallen, und verhandelte weiter mit Wilson.

VIII.

Der politische Zusammenbruch

In diesen Wochen der schwersten außenpolitischen Belastung wurde nun auch der Versuch gemacht, das Reich zu einer parlamentarisch regierten Monarchie umzugestalten. Ohne Widerstand unterschrieb der einst so autokratische Kaiser alle notwendigen Gesetze; aber gerade um seine Person entbrannte nun ein letzter, besonders bitterer Kampf. Daß Wilhelm II. nach einem verlornen Kriege persönlich nicht auf dem Throne bleiben konnte, war jedermann klar. Die Abdankung des Kaisers ist nach dem Waffenstillstandsersuchen zuerst von der Schwerindustrie in Geheimverhandlungen zur Debatte gestellt worden. Bayern hat später diese Abdankung ausdrücklich gefordert. Hohe Offiziere haben dem Kaiser vergeblich nahegelegt, daß das beste für ihn wäre, eine Kugel im Schützengraben zu suchen. Auch Prinz Max und seine Minister haben dem Kaiser den Gedanken der Abdankung vorgetragen. Alles dies geschah wahrhaftig nicht im Interesse der republikanischen Idee, sondern im Interesse der Monarchie. Schwer verletzend für unser nationales Selbstgefühl war es, daß nun auch Wilson die Abdankung des Kaisers zur Sprache brachte und als Voraussetzung für die Waffenstillstandsverhandlungen bezeichnete. Das beste wäre gewesen, wenn die Person des Kaisers in dieser oder jener Form rechtzeitig verschwunden wäre; die parlamentarische Monarchie war dann auf absehbare Zeit für Deutschland gesichert. Viel wichtiger als die Staatsform war aber natürlich die Kontinuität unsres politischen Lebens.

Diejenigen, die die deutsche Katastrophe verschuldet hatten, hätten sie auch liquidieren müssen.

Es war sehr unklug und sehr verhängnisvoll, daß unsre Gegner Verhandlungen mit den verantwortlichen Führern der Obersten Heeresleitung ablehnten. Wieviel Kummer und Verwirrung wäre Deutschland erspart geblieben, wenn Hindenburgs Name unter der Waffenstillstandsurkunde stünde!

Trotzdem besteht darüber kein Zweifel, daß die Oberste Heeresleitung den Abschluß des Waffenstillstandes in vollem Maße mit verantwortet. Die von Hindenburg und Ludendorff am 23. Oktober signierte Anweisung für die Waffenstillstandskommission enthält die folgenden Sätze:

> die militärische Lage ist derart, daß die Kräfte des Feldheeres zu einem sichern Halten der Stellung nicht mehr ausreichen. Der Ersatz gleicht die Verluste lange nicht mehr aus . . . Unsre Feinde dagegen können unter voller Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft ihre Heere mindestens auf gleicher Höhe halten. Das Stärkeverhältnis des Heeres wird sich daher dauernd zu unsern Ungunsten verschlechtern. Die Möglichkeit, uns bestimmte Friedensbedingungen gegen das amerikanisch-englisch-französische Heer zu erkämpfen, besteht demnach nicht. In Erkenntnis dieser Lage ist das Friedensangebot gemacht.

Hindenburg hat dann auch, als die Waffenstillstandsbedingungen bekanntwurden, eine Reihe von Abändrungen als wünschenswert bezeichnet. Er hat aber sein Einverständnis mit dem Abschluß auch für den Fall erklärt, daß diese Abändrungen nicht durchzusetzen sein würden. Dies steht urkundlich fest. Erzberger hat bekanntlich dann noch eine Reihe von Milderungen erzielt, das Wesentliche freilich nicht ändern können. Es ist auch unwahr, daß infolge des Ausbruchs der Revolution die Waffenstillstandsbedingungen verschärft worden seien. Lange vor Ausbruch der Revolution waren sie von unsern Gegnern festgesetzt, und sie wurden nach Ausbruch der Revolution sogar noch etwas abgeschwächt! Der Waffenstillstand war zugleich der Präliminarfriede; daß dieses Diktat nachträglich noch verschärft werden würde, war am 10. November nicht vorauszusehen.

Der Verlust des Krieges ist darauf zurückzuführen, daß unsre Gegner uns an Menschen und Material in wachsendem Maße überlegen waren.

Einen solchen Krieg zu verlieren ist keine Schande. Ein einzelnes Volk kann sich nicht auf die Dauer gegen vier Fünftel der bewohnten Erde halten. Und so muß festgestellt werden, daß die Ehre der deutschen Nation durch den Ausgang des Krieges in keiner Weise gefährdet worden ist. Vielmehr erhebt sich die Frage, ob nicht die Ehre unsrer Gegner dadurch gelitten hat, daß sie uns nach einem heldenhaften Kampf erbarmungslos so überaus schwere Bedingungen auferlegten. Die deutsche Revolution war eine Folge der militärischen Niederlage — diese Niederlage war nicht die Folge der Revolution. Nur ein kleiner Kreis von radikalen Führern mit einer mäßigen Gefolgschaft kann als Urheber der Novemberrevolution angesehen werden; sie brach aus durchaus gegen den Willen nicht nur der Mehrheitssozialdemokraten, sondern auch der Führer der Unabhängigen. Die Novemberrevolution war die Bedrohung des geschlagenen, ausgehungerten und zerrissenen Deutschlands durch den Bolschewismus. Daß der Bolschewismus sich nicht durchgesetzt hat, ist das Verdienst einer Reihe von führenden Patrioten aus dem Lager der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokratie.

IX.

Ergebnis

Wir fassen unser Ergebnis in einer Reihe von Thesen zusammen.

1. Der deutsche Zusammenbruch ist in erster Linie zurückzuführen darauf, daß die militärische Führung den höchsten Aufgaben seit 1914 (Marneschlacht!) nicht voll gewachsen war.
2. Auch der Deutsche Reichstag hat insofern versagt, als er eine bestimmte außen- und innenpolitische Linie im Sinne des Verteidigungskriegs nicht einhielt, sondern dem Annexionismus und den militärischen Einflüssen nachgab.
3. Internationalismus, Defaitismus, Pazifismus, revolutionärer Radikalismus hat in allen Ländern, die am Kriege teilgenommen haben, bestanden und sich im Laufe des Krieges je nach dem Volkscharakter entwickelt. In Frankreich wurde mehr gemeutert, in England wurde mehr gestreikt als bei uns. Weder die Antikriegspropaganda noch andre Erscheinungen der militärischen und politischen Willenserschöpfung haben das deutsche Schicksal entscheidend beeinflußt.
4. Die Oberste Heeresleitung hat im Laufe des Krieges auch die politische Leitung an sich gerissen und ein rechtzeitiges Aufkommen der Gedanken des Rechts- und Verständigungsfriedens verhindert.
5. Nach dem Scheitern der Offensive im Frühjahr 1918 und den schweren Rückschlägen des Sommers war der Weiterkampf sinnlos geworden. Nach dem Waffenstillstandsersuchen hätte eine Wiederaufnahme des Kampfes nur zur Verwüstung der schönsten deutschen Länder und zur Zerstückelung unsres Vaterlandes führen können.
6. Die Oberste Heeresleitung hat das Ersuchen um Waffenstillstand zu einem politisch und militärisch verhältnismäßig sehr ungünstigen Zeitpunkt erzwungen.
7. Der Abschluß des Waffenstillstandes in der endgültigen Form ist von Hindenburg ausdrücklich gebilligt worden.
8. Die Revolution war eine Folge der Niederlage, nicht die Niederlage eine Folge der Revolution. Die Gefahr des Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung, eines blutigen Bürgerkriegs von allen gegen alle, eines politischen und wirtschaftlichen Chaos ist nur durch eine Reihe von Politikern verhindert worden, unter denen der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert an erster Stelle zu nennen ist! —

Reichsbanner-Beobachter

Reichswehr und Großherzog.

Man schreibt uns: Ernst Ludwig von Brabant, ehemaliger Großherzog von Hessen, ist ein geschickter Mann. Er weiß, wie man für sich Stimmung macht, und sich die Sympathien seiner „Landeskinder" zu dem ehemaligen angestammten Herrscherhause neu erwirbt und so unter der Hand systematisch die Restaurierung des verlustig gegangenen Herrscherthrones betreibt. Bei Denkmalseinweihungen für die Gefallenen hessischer Regimenter stellt er seine Person in recht auffallender Weise in den Vordergrund und nimmt inmitten seiner Landeskinder allergnädigst am Biertische Platz. Seine beiden Söhne führt er dem „Volke" vor und sagt ihm, daß für diese die hessischen Landeskinder im Weltkriege gefallen seien. Aber auch die Reichswehr, dieses wichtige Instrument des Staates, weiß er zu bearbeiten, und hier greift der ehemalige Großherzog die Sache äußerst geschickt an. Im ehemaligen kaiserlichen Heere erhielt die Kompanie, welche die besten Schützen hatte, den Kaiserpreis. „So etwas gibt es in der republikanischen Reichswehr nicht mehr," sagt man. Und doch wird man durch die nachstehende Notiz, erschienen im „Mümling-Boten" Nr. 84 vom 19. 10. 1927, eines Bessern belehrt, nur mit dem Unterschied, daß an Stelle des Kaiserpreises nunmehr der „Großherzogspreis" tritt:

> Höchst, 17. Oktober. Dieser Tage feierte die 1. (hessische Grenadier-)Kompanie des 15. Infanterie-Regiments zu Gießen, Traditionskompanie des Leibgarderegiments 1 (Großh. Hessisches) Nr. 115 ihr Schießfest. Dabei kam auch ein Höchster auf seine Kosten. Der Gefreite Ludwig Fröhlich, in der Kompanie nur „Höchster Wildschütz" genannt, ging auch diesmal wieder als Sieger hervor. Bei der Preisverteilung überreichte ihm sein Kompaniechef, Herr Hauptmann v. Stockhausen, im Auftrage unsers Großherzogs einen goldenen Hirschfänger mit der Inschrift: „Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen und bei Rhein."

So geschehen im 9. Jahre der deutschen Republik. Es steht also fest, daß der ehemalige Großherzog von Hessen einen reichverzierten goldenen Hirschfänger an den besten Schützen der Traditionskompanie, 1. Kompanie des republikanischen 15. Infanterie-Regiments in Gießen, offiziell verliehen hat auf Grund der von dem Schützen im Dienst geschossenen Uebungen. Selbstverständlich ist der republikanische Reichswehrsoldat sehr stolz auf die Verleihung des Schützenpreises durch seinen ehemaligen Großherzog und trägt diesen Hirschfänger auf der Reichswehruniform. Was sagt der Herr Reichswehrminister zu den Verbindungen, die zwischen dem ehemaligen Großherzog von Hessen und der republikanischen Reichswehr bestehen? —

*

Das verlorne Paradies.

Mehr als vierzig Jahre lang hat sich der ehemalige Mühlenbauer Theodor Fritsch gegen alles Jüdische und jüdisch Verdächtige auf dem Kriegspfad befunden. Und nun wurde er auf seine alten Tage noch aus dem arisch-germanischen Paradies der Reinrassigen verstoßen! Verstoßen durch die Entdecker des Jehova-Denkmals von Tannenberg, durch Erich und Mathilde Ludendorff!

Fritsch hatte sich mit den „Enthüllungen" Ludendorffs über die Freimaurerei in einem besondern Artikel seines bekannten „Hammer" beschäftigt. Als Antwort schreibt ihm Ludendorff nahe Beziehungen zur verjudeten Freimaurerei zu („Deutsche Wochenschau" vom 4. September). Mit großem Pathos heißt es dann weiter:

> Mit tiefem Bedauern stellen wir fest, daß Herr Theodor Fritsch mit seinem „Hammer" die Prüfung durch die Schrift Ludendorffs nicht bestanden, und er sich als einer der ersten aus unserm völkischen Eden infolge der durch sie herbeigeführten Reinigung ausgeschieden hat.

General Ludendorff hat ihm auf die Zusendung seiner Gegenschrift antworten lassen:

> „General Ludendorff begrüßt es, daß auch der „Hammer" durch seine Schrift „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse" gezwungen ist, dem gesamten deutschen Volke sein wahres Gesicht zu zeigen, und hofft, daß die ungezählten Flugblätter, mit denen Herr Theodor Fritsch diese Klärung in das ganze deutsche Volk zu senden sich beeilt, mit dem Titel des alten Kampfblattes „Hammer" versehen sind, damit die Selbstvernichtung auch eine gründliche sein kann.
>
> Er bittet, den „Hammer" nicht mehr in sein deutsches Haus zu senden. Sein Kampf in seiner Schrift ist ein moralischer, nicht ein politischer. Wer nach Aufdeckung der ungeheuren Unmoral des Geheimordens, die auch Herr Theodor Fritsch als erwiesen ansieht, unserm armen Volke noch „Reformen" der Freimaurerei aufredet und anempfiehlt, die nach den zwingenden Beweisen der Schrift Ludendorffs nichts andres als ein neuer Volksbetrug wären, mit dem muß Ludendorff als deutscher Mann allen Zusammenhang abbrechen."

Die Schriftleitung der „Deutschen Wochenschau" hat Herrn Theodor Fritsch mitgeteilt, daß sie künftig auf Zusendung des „Hammers" verzichte.

Daß dem alten Antisemiten Fritsch das noch passieren mußte, ist eine Tragikomödie seltener Art. Aus dem arischen Eden verstoßen zu sein — wir würdigen seinen tiefen Schmerz! Dem sieggewohnten Feldherrn Ludendorff wünschen wir aber in diesem neuen Feldzug noch recht viele ähnliche Siege! —

*

Die loyalen Deutschnationalen.

In den bekannten von Wirth und Joos ausgearbeiteten Richtlinien für die heutige Koalitionsregierung im Reiche war ausdrücklich davon die Rede, daß sich die Regierungsparteien mit Entschiedenheit für die Ehre und das Ansehen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold einzusetzen hätten. Die Deutschnationalen unterschrieben diesen Revers, und Graf Westarp versicherte immer wieder, diese Verpflichtungen „loyal" zu erfüllen. Wie sieht es aber in der Wirklichkeit damit aus? Das Leibblatt des Grafen Westarp, die „Kreuzzeitung", bringt es fertig, in dem Leitartikel vom 15. Oktober zu schreiben:

> „daß an ein Kompromiß zwischen Schwarzweißrot und den Reichsbannerfarben nicht zu denken ist. Im Gegenteil gehen die Bestrebungen auf sozialdemokratischer und demokratischer Seite dahin, auch noch das Schwarzweißrot der Handelsflagge und der Reichskriegsflagge unter dem Tuche der Revolutionsfahne verschwinden zu lassen."

So sieht nach deutschnationalen Begriffen von Ehrlichkeit die loyale Anerkennung und Durchführung übernommener Verpflichtungen aus! —

„Deutsche Republik"

Wochenschrift — Herausgeber: Reichskanzler a. D. Joseph Wirth. — Jeder Ortsverein und jede Kameradschaft stelle sich die Aufgabe, 8 Abonnenten für die Zeitschrift zu gewinnen. Da der Verlag für jedes einzelne Jahresabonnement Mk. 3 an denjenigen vergütet, der den Abonnenten geworben hat, erhält auf diese Weise der Ortsverein bzw. die Kameradschaft eine Gutschrift seitens des Verlages von 8×3 = Mk. 24. Dafür wird der Ortsvereins- bzw. Kameradschaftsbibliothek die Zeitschrift 1 Jahr lang geliefert. Näheres im Rundschreiben des Bundesvorsitzenden an die Kameradschaftsführer. —

Die Waffenstreckung

„Versailles"

Wie im natürlichen Reinigungsprozeß des fließenden Gewässers versiechen im Strom der Kriegsliteratur minderwertige Zusätze im Schlamm, die stinkenden Abwässer aus den Meinungsfabriken der Schuldigen werden einem Klärungsprozeß unterworfen. Nicht versiechen werden die Bücher von Karl Friedrich Nowak: „Der Sturz der Mittelmächte", „Das Chaos", „Der Weg zur Katastrophe" (alle im Verlag für Kulturpolitik erschienen). Von den ersten zwei Werken ist zu wünschen, daß sie die deutschen Soldaten des Weltkrieges — wenn nicht erwerben — so doch zum Durchlesen sich verschaffen. Wie wir im Kriege geführt wurden, zeigt uns Nowak, der sich in seinen tatsächlichen Angaben auf keinen Geringern als den verstorbenen Führer des österreichisch-ungarischen Heeres, Conrad v. Hötzendorf, berufen kann. (Dem dokumentarischen Nachweis dafür ist der Band „Weg zur Katastrophe" gewidmet.) In glänzendem Lichte erstrahlt der Marschall, aber diese Helle läßt für den kritischen Leser die Todesschatten scharf hervortreten, die lange vor dem Kriege die Habsburger Monarchie umwitterten, läßt erkennen, daß Deutschland sein Schicksal mit dem eines Sterbenden verband.

Zünftige Historiker bemängeln die Form der Nowakschen Darstellung. Im Gegensatz zu langweiligen Aktenpublikationen mit tausend Anmerkungen und Fußnoten sind seine Bücher spannend von der ersten bis zur letzten Zeile. Einen Film läßt er abrollen, einen Mann stellt er in den Vordergrund, gibt nicht nur ein Bild, er läßt die Personen sprechen und laut denken. Nowak ist Forscher, Film-Schreiber, -Regisseur, -Schauspieler und Zuschauer dazu. So auch in seinem neuen Buche „Versailles" (343 Seiten, Verlag für Kulturpolitik, Berlin). Mit Erlaubnis des Verlags geben wir den größten Teil des Eingangskapitels wieder. Sehr anfechtbar ist Nowaks Darstellung der handelnden Personen und der tatsächlichen Vorgänge. Die Rolle Erzbergers z. B. wird von ihm verkannt, die Persönlichkeit verzeichnet. Er übersieht fast völlig, daß die Antwort auf die entscheidende Frage, vor die sich im Sommer 1919 die Nationalversammlung gestellt sah — Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen? — abhängig war von der Beantwortung der Vorfrage: wird das Reich sich bei Nichtunterzeichnung auflösen? Es lohnt aber zu lesen, was Nowak über die „Ordner der Welt" zu berichten weiß, wie er Wilson und dessen Zusammenbruch, Lloyd George in Not und Clemenceau als Sieger lebendig werden läßt. hn.

*

In hundert Stunden starb in den ersten Novembertagen 1918 unter letztem Geschützdonner der Krieg. Die deutschen Bevollmächtigten verließen am 7. November das Große Hauptquartier in Spa, um die Waffenstillstandsbedingungen ihrer Gegner entgegenzunehmen. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte sie vorher noch zu kurzer Unterredung empfangen:

„Reisen Sie mit Gott, und suchen Sie das Beste für unser Vaterland herauszuholen" — —

Der Soldat hatte die Abgesandten gebeten, an die Ehre der Armee zu denken. Dann sollte vor allem die Einstellung der Feindseligkeiten noch vor der Unterschrift der Bedingungen erwirkt werden. Einer der Generalstabsoffiziere des Marschalls hatte mit bedrücktem Ernst erklärt:

„Jeder Tag kostet zehntausend Mann."

Die Kraftwagen mit den Unterhändlern waren abgegangen, abends hielten sie im Kampfgebiet. Den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Matthias Erzberger, und den Gesandten Graf Oberndorff, den General von Winterfeldt und den Kapitän zur See von Vanselow mit ihrem kleinen Hilfsstab führte ein Offizier bis zu den äußersten deutschen Linien bei La Capelle. Ein Trompeter saß auf, seine weiße Flagge wehte, seine Signale riefen über die Schwarmlinien. Das Feuer schwieg. Langsam fuhren die Wagen weiter, ohne Hindernis. Auf offener Landstraße wartete, schon im Kampffeld des Gegners, ein französischer Offizier, mit ihm ein feindlicher Hornist. Sie schwangen sich auf den ersten Wagen, der Zug ging weiter. Manchmal ein Zuruf der französischen Soldaten:

„Das ist der Friede!"

Oder sie sprangen aus den Gräben auf, verwundert und ungläubig:

„Was bedeutet das?"

Man hielt im Hof eines alten Schlosses. Die Nacht war niedergesunken, mondüberflutet, silberhell. Der französische Major Graf Bourbon-Busy, hier in seinem Kommando oder für den Augenblick befohlen, ließ die Abgesandten die Fahrzeuge wechseln. Militärautos der Franzosen sollten sie weiterbringen, in jedes Auto stieg ein Offizier. Zerstörtes Gebiet flog vorbei, Ruinen ragten scharf im Umriß, oft mit grellen Wänden. Stunden vergingen, die Fahrt nahm Umwege. Mitternacht war vorüber, als endlich die Wagen vor einem kleinen, halbzerschossenen Hause hielten, offenbar einem Stabsquartier. Die Abgesandten wurden in ein Zimmer geführt, ein Imbiß wurde gereicht. Ein französischer General trat ein, steif stellte er sich vor:

„General Debeney." Er wies mit kühler Ironie auf die Dürftigkeit des Mahles: „Wir teilen mit unsern Soldaten" —

Das Gespräch brach ab. Die Autos fuhren weiter, bald darauf ein verfallener Bahnhof. Dort nahm ein Schlafwagenzug die Abgesandten auf. Er lief, nicht absichtslos mit verhängten Fenstern, fast mit der Romantik früherer ähnlicher Beispiele, eine Weile erst in die Irre. Die Nacht verrollte. Am Morgen war das Ziel erreicht. Der Zug hielt auf einem Klauengleise inmitten einer Lichtung im Walde von Compiègne. Ihm gegenüber stand der Sonderzug mit dem Salonwagen des Marschalls Foch. Aber hier verscheuchte die feindliche Sprache alle Romantik rasch. Der Konferenzraum im Salonwagen: ein großer nüchterner Tisch, Stühle um ihn, Bleistifte und Papier. Eine Reihe jüngerer Offiziere war da, als die Bevollmächtigten — um die neunte Vormittagsstunde — eintraten. Unmittelbar darauf erschien Marschall Foch, mit ihm der englische Admiral Sir Rosselyn Wemyß und sein Seeoffizierstab, Marschall Fochs Generalstabschef Weygand, noch einige andre französische Offiziere. Die Vorstellung war kurz, frostig mit abgemessener Verbeugung. Die Gegner saßen einander gleich darauf gegenüber — die Unterhaltung eröffnete der Generalissimus:

„Fragen Sie die Herren, was Sie wünschen."

Er wandte sich damit an seinen Dragoman, eiskalt und scheinbar nebenher, um in betonter Form die Begegnung einzuleiten. Der Staatssekretär Erzberger begann in deutscher Sprache:

„Wir sind hierhergekommen, um die Vorschläge der verbündeten Mächte betreffend einen Waffenstillstand zu Wasser, zu Lande und in der Luft entgegenzunehmen."

Der Dolmetsch übersetzte. Bewegung entstand, da er von „Vorschlägen" sprach. Marschall Foch befahl dem Dragoman:

„Antworten Sie diesen Herren, daß ich ihnen Vorschläge nicht zu machen habe."

Der Generalissimus erhob sich halb von seinem Stuhl, es schien, als wollte er die Unterhaltung abbrechen und den Konferenzraum verlassen. Aber Graf Oberndorff griff ein. Er wandte sich quer über den Tisch, unmittelbar an den Generalissimus in französischer Sprache:

„Herr Marschall, der Augenblick scheint mir zu ernst, um über Worte zu streiten. Wie wünschen Sie, daß wir uns ausdrücken? Es ist uns vollständig gleichgültig."

Foch antwortete brüsk:

„Es ist an den Herren, zu sagen, was sie wünschen."

„Wie Sie wissen, Herr Marschall," fuhr Graf Oberndorff fort, „sind wir hier auf Grund einer Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Mit Ihrer Erlaubnis werde ich sie vorlesen."

Es war ein Brief des amerikanischen Staatssekretärs Robert Lansing, gerichtet an den Schweizer Gesandten in Washington zur Weitersendung an die deutsche Regierung, der englische Text von Wilsons Voraussetzung für den Abschluß eines Waffenstillstandes. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte seiner Botschaft der „Vierzehn Punkte", verkündet am 8. Januar 1918, von den Mittelmächten durch wiederholten Notenaustausch als Friedensgrundlage anerkannt, zwei Einschränkungen auf Verlangen der ihm verbündeten Mächte beigefügt. Der Schweizer Gesandte hatte das Schreiben der deutschen Regierung übermittelt, sie hatte die Waffenstillstandskommission daraufhin entsandt. Den verbündeten Mächten war vom amerikanischen Staatssekretär das Schreiben gleichfalls zugesandt, sie stimmten mit der amerikanischen Regierung überein. Das Schreiben lautete:

> In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit den autorativen deutschen Stellen den mit den Vereinigten Staaten im Kriege verbundenen Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, sofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.
>
> Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, der folgendermaßen lautet:
>
> Die Alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbestimmungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen spätern Aussprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß Punkt 2, der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere, verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.
>
> Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die Alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.
>
> Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den Alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen."

Die Verlesung war zu Ende.

„Wenn ich richtig übersetze," fügte Graf Oberndorff hinzu, „so heißt das, daß Sie uns die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen werden."

Marschall Foch schien befriedigt. Er warf einen seiner kurzen Zwischenrufe hin:

„'s ist gut" — —

General Weygand verkündete die achtzehn Punkte der Waffenstillstandsbedingungen: jeder niederschmetternder für die Deutschen als der andre. Die Frist, die für die Entscheidung der deutschen Unterhändler gestellt war, sagte zweiundsiebzig Stunden an. Sie hatte auf Annahme oder Ablehnung der Bedingungen zu lauten. Die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten wurde abgelehnt. General von Winterfeldt und Graf Oberndorff fragten, wer ihnen nötige militärische und politische Auskunft geben sollte. Es wurde entschieden, daß die Bevollmächtigten sich in solchem Falle an General Weygand zu wenden hätten.

Dann erhob sich der Marschall. Die deutschen Abgesandten zogen sich zurück.

*

Ihre Beratung ergab, daß die vom Gegner gestellten Bedingungen Reich, Heer und deutsche Zukunft in hoffnungslose Lage brachten. Daß sie in solcher Härte aus eigner Machtvollkommenheit von den Bevollmächtigten weder angenommen noch abgelehnt werden konnten. Sie beschlossen darum, die Entscheidung der kaiserlichen Regierung zu verlangen und schickten aus ihrem Hilfsstab den Rittmeister von Helldorff und einen Begleitschreiber in das deutsche Hauptquartier nach Spa zurück. Die beiden Kuriere fuhren sofort, nicht ohne Schwierigkeiten und Verzögerungen an den deutschen Linien, die den Vorgang nicht verstanden und sie erst unabläßig beschossen.

Zur gleichen Zeit — in den Nachmittagsstunden des Ankunftstages — suchte Graf Oberndorff den Generalstabschef Weygand auf. So wie am Morgen, führte Graf Oberndorff aus, kämen die Verhandlungen nicht weiter. Der General sollte ihm erklären, ob sie nicht einmal ruhig als vernünftige Männer miteinander sprechen könnten. Graf Oberndorffs Versuch blieb nicht ohne Wirkung: Weygand erklärte sich zu einer Aussprache bereit. Sein Eindruck wäre, gestand jetzt offen Graf Oberndorff, daß die Verbündeten den Waffenstillstand gar nicht wollten. Gewiß hätten die Bevollmächtigten schwere Bedingungen erwartet. Aber was die Verbündeten forderten, bedeute Unmögliches. Deutschland würde dem Bolschewismus in die Arme getrieben, gewiß keine geringere Gefahr auch für Frankreich und für Europa überhaupt. General Weygand widersprach. Er versicherte, daß die Verbündeten — den Generalissimus erwähnte er nicht — durchaus ehrlich zu einem Waffenstillstand gelangen wollten. Auch die gestellten Bedingungen sähen sie keineswegs als unerfüllbar an. Bei ihrer Ueberreichung am Morgen, setzte Graf Oberndorff fort, wäre jede Unterhaltung über die Forderungen abgelehnt worden. Aber jetzt sei er der Ansicht, daß darum doch kein Hindernis mindestens für vertrauliche Aussprache, für die Abfassung wenigstens einer vertraulichen Denkschrift und Stellungnahme der Bevollmächtigten bestehen müßte. Da gab der General endlich nach:

„Schreiben Sie auf, was Sie für unmöglich halten."

Ein Zugeständnis war erreicht. Graf Oberndorff ging fort, gleich darauf versuchte auch noch General von Winterfeldt sein Glück bei dem Gegner. Auch er wollte Weygand von der Unmöglichkeit überzeugen, daß Bedingungen von der festgesetzten Schwere undurchführbar wären, selbst wenn man sie schon annähme. Der deutsche General hatte sich Brest-Litowsks erinnert und des Admirals Altwater, der dort den deutschen Siegern vorausgesagt hatte:

„Sie bekommen den Bolschewismus auch" — —

„Wenn die Bedingungen so schwer werden", hielt General von Winterfeldt seinem Gegner vor, „daß ein Zusammenbruch erfolgt, so wird Bolschewismus das Ergebnis sein."

Aber General Weygand, vornehm auch gegen den Ueberwundenen, in seiner Haltung sehr elegant, in seinen Worten ohne den Willen, den Wehrlosen zu verletzen, hatte sachlich zu diesen Fragen eine andre Auffassung:

„Der Sieger hat nichts zu fürchten" — —

Im Wagen neben dem Marschall gab er dem General Winterfeldt dann bereitwillig jede gewünschte Auskunft. Auch die englischen Seeoffiziere unterhielten sich höflich über Schiffsfragen mit dem Kapitän zur See von Vanselow. Aber zwischen den beiden Eisenbahnzügen, auf den zwei Klauengleisen einander gegenübergestellt, von allen Seiten umstarrt von schweigsamen Posten, bereitete sich die deutsche Unterwerfung darum doch endgültig vor. Denn auch die Auskunft des Generals Weygand und der Engländer nahmen den Bedingungen von ihrer Härte tatsächlich nichts. Ihr Schriftsatz war Punkt um Punkt studiert worden. Das große Memoire der Bevollmächtigten, nach Weygands Erlaubnis sofort begonnen, begründete die Unmöglichkeit der Forderungen ausführlich. Aber die Antwort des Gegners, nicht minder ausführlich, nicht minder genau, lehnte doch bis auf einige, ganz unwesentliche Zugeständnisse jede wirkliche Milderung ab. Und zwischen die vertrauliche Schlußunterhaltung der beiden Generale Weygand und von Winterfeldt trat endlich, mürrisch und verdrossen, wie er in Wahrheit über den nach seiner Ansicht vorzeitig beendeten Krieg war, Marschall Foch.

„Sind Sie noch immer nicht fertig?" Er kam aus seinem Salonwagen in Weygands Abteil herüber. „Wenn Sie es in einer Viertelstunde nicht sind, komme ich wieder und garantiere Ihnen, daß wir in fünf Minuten fertig sind" — —

*

Von den beiden abgesandten Kurieren, vom Hauptquartier in Spa war keinerlei Nachricht bei den Bevollmächtigten bisher eingetroffen. Sie wagten es nicht, die Verantwortung einer Annahme der Bedingungen ohne weiteres auf sich zu nehmen. Funkentelegramme wurden trotz der Entsendung der Kuriere auch über den Eiffelturm nach Berlin gegeben. Der Staatssekretär Erzberger verlangte noch einmal Verhaltungsmaßregeln. Aber niemand antwortete. Die vier Deutschen wußten schließlich nicht, was im eignen Heer, was in der Heimat sich zutrug. Sie wußten nur undeutlich, was sich schon zugetragen hatte, aus französischen Zeitungsblättern, die ihnen in ihren Waggon hineingereicht worden waren: grell gemalte Dinge standen darin, vielleicht übertrieben. Zwei Tage nach den Bevollmächtigten war im Walde von Compiègne noch die zweite Staffel von deutschen Offizieren, Technikern der Materie, von Hilfskräften für die Waffenstillstandskommission eingetroffen. Als sie erzählten, stand freilich Deutschlands Bild blitzartig überhellt vor den Vier. In Berlin die deutsche Republik ausgerufen. Reichskanzler war der Sozialistenführer Fritz Ebert. Der deutsche Kaiser fort nach Holland. Aber mehr wußte auch von den Ankömmlingen niemand. Vielleicht war der Rest Aufruhr, völlige Anarchie — — Die Bevollmächtigten konnten nur eins: um Aufschub bis zum Eintreffen einer Entscheidung bitten. Trostlos war ihre Lage. 24 Stunden sollten für die Entscheidung noch gewährt werden. Aber die Antwort des Marschalls kam sofort zurück:

„Keine Stunde länger als 72 Stunden."

Endlich griff das Große Hauptquartier aus Spa durch Funkspruch in der Nacht vom 10. November ein. Gegen die 18 Forderungen des französischen Generalissimus erhob der Generalfeldmarschall von Hindenburg neun Einwände. Aber die Zwecklosigkeit einer Weigerung, wenn die Einwände verworfen würden, hatte das Große Hauptquartier selbst eingesehen. Die deutschen Abgesandten sollten unterzeichnen um jeden Preis: wurde wirklich bis zum Schlusse keine Erleichterung gewährt, so wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben.

Dem Funkspruch des Generalfeldmarschalls folgte dann noch eine Depesche des Reichskanzlers. Den Kämpfern in Deutsch-Ostafrika sollte wenigstens ehrenvolle Kapitulation erwirkt werden, auf drohende Hungersnot sollte verwiesen werden, wenn die Blockade blieb.

Nunmehr beschlossen die Bevollmächtigten, zu unterschreiben. Im Salonwagen des Marschalls Foch trafen die beiden Gegner noch einmal zusammen. Sie verhandelten von nachts 2 Uhr bis in die 5. Morgenstunde. Aber der Streit ging bei dieser zweiten und letzten Zusammenkunft kaum noch um Einzelheiten weiter. Knapp vor der Unterschrift gelang dem Staatssekretär Erzberger die Herabminderung der Lastwagenzahl, die an den Gegner abgeliefert werden sollte, von 10 000 auf 5000, der Maschinengewehre von 30 000 auf 25 000, der Flugzeuge von 2000 auf 1700. Die neutrale Zone rechts des Rheins, die eingerichtet werden sollte, vermochte er von ursprünglich 40 bis auf 10 Kilometer zu verringern. Den deutschen Truppen in Ostafrika freien Abzug in bestimmter Frist, statt bedingungsloser Uebergabe, durchzusetzen. Der englische Admiral und seine Offiziere hatten 300 Tauchboote im Besitz der deutschen Flotte vermutet. Sie hörten verblüfft die deutsche Antwort:

„Meine Herren, so viel haben wir nie gehabt."

Sie begnügten sich also mit dem Drittel ihrer Forderung, das ohnehin fast den Gesamtbestand der Tauchboote ausmachte. Damit war alle Milde des Siegers erschöpft.

Die Bevollmächtigten unterschrieben endlich: daß binnen 14 Tagen Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen zu räumen seien. „Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, interniert und kriegsgefangen." Sie unterschrieben, daß 5000 Kanonen, 25 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Flugzeuge, 5000 Lokomotiven, 10 000 Waggons, 5000 Kraftwagen, 100 Unterseeboote, 8 leichte Kreuzer, 6 Dreadnoughts an den Gegner ausgeliefert werden müßten. „Die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen." Daß man das linke Rheinufer räumen müsse: „Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 10 Kilometer Tiefe" — — Daß die Blockade des Niedergeworfenen bestehen blieb. Die Zusage des Gegners, sie durch Lebensmittellieferungen zu mildern, war mehr Versprechen als Bindung. Deutschland legte jede Waffe, jedes Selbstwehrmittel aus der Hand, es kapitulierte vollständig und ohne jede Einschränkung. Nie war ein Bankrott von Staatsführung und mehr noch Feldherrnkunst sichtbarer, nie furchtbarer geworden. Zwar erhob der Staatssekretär Erzberger in pathetischer Rede den vom Generalfeldmarschall begehrten „flammenden Protest":

„Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht."

Trocken erwiderte Marschall Foch nur:

„Schon gut" — —

Sechs Stunden nach der Unterschrift schwiegen die Geschütze. Deutschland lag wehrlos von dieser Sekunde, wehrlos im Dunkel der Zukunft. Aber in den feindlichen Hauptstädten flammten die Freudenfeuer auf.